

Rainer Dahlem
GEW-Landesvorsitzender

Stuttgart, 27. Oktober 2007

**Begrüßung bei der Fachtagung von DGB und GEW Baden-
Württemberg am 27.10.2006:
Neue Übergänge in die Arbeitswelt**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

„im vergangenen Jahr erreichten in Deutschland 80.000 Jungen und Mädchen keinen Schulabschluss. Es fehlen Ausbildungsplätze – in diesem Herbst wahrscheinlich 30.000. Klingt Ihnen das zu abstrakt? Dann nehmen Sie das Beispiel einer Berliner Hauptschule: Am 4. Juli hatten hier 51 Schüler ihr Abschlusszeugnis bekommen. Nur einer von ihnen – ich wiederhole: einer – hatte zu diesem Zeitpunkt eine Lehrstelle gefunden.

Weiter: In Deutschland erwerben vergleichsweise wenig junge Menschen die Hochschulreife und zu wenige schließen ein Studium ab. Andere Nationen wandeln sich mit Begeisterung zu Wissensgesellschaften, in denen Lernen und Können als Auszeichnung gelten – Deutschland tut sich damit schwer.

Und: Ein Kind aus einer Facharbeiterfamilie hat im Vergleich zu dem Kind eines Akademikerpaars nur ein Viertel der Chancen, aufs Gymnasium zu kommen. Die Ursachen dafür mögen vielschichtig sein; der Befund ist beschämend. Bildungschancen sind Lebenschancen. Sie dürfen nicht von der Herkunft abhängen, darum werde ich immer auf der Seite derer sein, die leidenschaftlich eintreten für eine Gesellschaft, die offen und durchlässig ist und dem Ziel gerecht wird: Bildung für alle.....

Und da geht es eben uns alle an, dass fast jeder fünfte ausländische Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlässt, dass vier von zehn jungen Menschen mit Migrationshintergrund keine abgeschlossene

Berufsausbildung haben und dass die Chance, eine qualifizierte Ausbildung zu bekommen, für ausländische Jugendliche nur halb so hoch ist wie für deutsche. Die Folgen sind bekannt: Die Arbeitslosenquote der Ausländer in Deutschland ist doppelt so hoch wie die der Einheimischen. Das sind keine guten Voraussetzungen für den Zusammenhalt und den wirtschaftlichen Erfolg unserer Gesellschaft.“

Die von mir zitierten Sätze stammen aus der Rede des Bundespräsidenten Horst Köhler unter der Überschrift „Bildung für alle“, die er am 21. September in Berlin gehalten hat.

Niemand wird dem Bundespräsidenten widersprechen – wo er Recht hat, hat er Recht.

Die Situation in Baden-Württemberg ist – wie im gesamten Bundesgebiet – ebenfalls alles andere als zufrieden stellend: Im Ausbildungsjahr 2006 waren bzw. sind bei den Arbeitsagenturen 60.892 Ausbildungsplätze gemeldet – das sind 4,3 % weniger als 2005. Diesem Angebot stehen 89.138 Bewerberinnen und Bewerber gegenüber – das sind 440, also nur 0,5 % weniger als im vergangenen Jahr.

Rechnerisch ergibt sich eine Ausbildungsplatzlücke von rund 28.000. Wir alle wissen, dass diese Zahlen sich lediglich auf die Meldungen bei den Arbeitsagenturen beziehen und deshalb nicht hundertprozentig aussagefähig sind.

In Deutschland werden zwar Rindviecher, Schafe und Schweine gezählt – eine Meldepflicht für Ausbildungsplätze gibt es jedoch nicht.

Die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist auch in Baden-Württemberg in diesem Jahr mehr als prekär: Nur 28 % der Betriebe bilden aus; weitere 30 % haben zwar die Ausbildungsberechtigung, bieten jedoch keine Ausbildungsplätze an und 42 % der Betriebe haben nicht einmal eine Ausbildungsberechtigung.

Die Forderung der Gewerkschaften nach einer Umlagefinanzierung ist vor diesem Hintergrund weder überholt noch überflüssig – sie ist nach wie vor richtig und hochaktuell.

Der DGB-Bundeskongress hat im Mai d. J. in Berlin auf Antrag der GEW beschlossen, eine Kampagne für das Grundrecht auf Berufsausbildung durchzuführen – wir sind davon überzeugt, dass das Grundrecht auf Bildung ergänzt und erweitert werden muss, um ein Grundrecht auf berufliche Ausbildung. Daran werden wir deshalb auch in Zukunft arbeiten.

Auf der anderen Seite stehen die Arbeitgeber, ihre Verbände und die Kammern, die Jahr für Jahr beschwichtigen und der Öffentlichkeit darzustellen versuchen, dass jeder leistungsbereite, ausbildungswillige und – wie sie gerne formulieren – ausbildungsreife Jugendliche auch einen Ausbildungsplatz bekommt.

Dieses jährlich sich wiederholende Schauspiel finde ich mittlerweile alles andere als akzeptabel – es kann nicht sein, dass allein den Jugendlichen die Verantwortung oder gar die Schuld dafür zugeschoben wird, dass sie keinen Ausbildungsplatz finden.

Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat in ihrer Koalitionsvereinbarung zum Thema Berufsausbildung Folgendes formuliert: Das vor drei Jahren zwischen Regierung und Wirtschaftsorganisationen im Land geschlossene Ausbildungsbündnis hat sich bewährt. Wir wollen das Bündnis daher verlängern und um die Aufgabe „Qualifikation und Integration benachteiligter Jugendlicher“ erweitern. Zur Bündelung und Koordinierung bestehender und künftiger Aktivitäten richtet die Landesregierung eine Steuerungsgruppe „Ausbildung“ ein, die eng mit den Wirtschaftsorganisationen der Arbeitsagentur sowie mit Kammern und Gewerkschaften zusammen arbeiten wird. Im Dialog mit diesen Organisationen werden wir nach ergänzenden Impulsen suchen, um die Zahl direkt vermittelter Auszubildender zu erhöhen.“

Ob die Formulierung, dass sich das Ausbildungsbündnis bewährt hat, zutrifft, will ich hier nicht bewerten. Ich begrüße aber ausdrücklich, dass das Ausbildungsbündnis um die Aufgabe „Qualifikation und Integration benachteiligter Jugendlicher“ erweitert werden soll. Die Gewerkschaften werden dabei konstruktiv mitarbeiten, allerdings nur dann, wenn sicher gestellt ist, dass auch Programme und Projekte auf den Weg gebracht werden, die den Jugendlichen tatsächlich helfen, den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt leichter zu bewältigen, und das Ausbildungsbündnis mehr wird als nur eine Schauveranstaltung des Wirtschaftsministers und der Arbeitgeberverbände und Kammern.

Ich freue mich, dass der DGB und die GEW in Baden-Württemberg sich schon vor Abschluss der Koalitionsvereinbarung daran gemacht haben, eine Fachtagung zu genau diesem Thema zu planen und zu organisieren.

Ich darf Sie/euch deshalb heute ganz herzlich begrüßen – wir freuen uns, dass das Thema auf eine so große Resonanz gestoßen ist.

Ich begrüße Vertreterinnen und Vertreter der im Landtag vertretenen Parteien, für die CDU-Fraktion Frau Andrea Krüger, für die SPD Herrn Gunter Kaufmann und für Bündnis 90/Die Grünen Siegfried Lehmann – herzlich willkommen.

Treuer Gast bei Veranstaltungen zur beruflichen Bildung, insbesondere dann, wenn es um die besonderen Belange der Benachteiligten geht, ist die Vorsitzende des Landeschulbeirats Frau Schöffel-Tschinke, auch Ihnen ein herzliches Willkommen.

Ich begrüße die stellvertretende Vorsitzende des DGB-Bezirks Baden-Württemberg, unsere Kollegin Leni Breymaier, die ja am Ende des heutigen Tages die Moderation des Podiumsgesprächs übernehmen wird.

Ich freue mich, dass eine ganze Reihe von Vertreterinnen und Vertretern von Hochschulen, Landeseinrichtungen und Ministerien den

Weg zu uns gefunden hat – stellvertretend begrüße ich Frau Ministerialrätin Christa Engemann vom Kultusministerium Baden-Württemberg.

Und schließlich: Ein herzliches Willkommen geht an alle Referentinnen und Referenten: Frau Ministerialrätin Hildegard Rothenhäusler vom Kultusministerium, Herr Prof. Dr. Felix Rauner von der Universität Bremen und den Kollegen Andreas Flach von der Industriegewerkschaft Metall sowie alle Referentinnen und Referenten der Foren am Nachmittag.

Man wird es mir verzeihen, wenn ich eine Kollegin ganz besonders herzlich begrüße, die viele Jahre in Baden-Württemberg gearbeitet hat – zuerst bei der Arbeitsagentur und dann als bildungspolitische Referentin bei der GEW Baden-Württemberg von 1980 bis 1997 - und die dann acht Jahre lang von 1997 bis 2005 als Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der GEW auf Bundesebene für die berufliche Bildung verantwortlich war und sich auch nach ihrem Ausscheiden erfreulicherweise nach wie vor für die Sache der beruflichen Bildung engagiert. Herzlich willkommen Ursula Herdt.

Ich danke allen, die für Planung, Vorbereitung und Organisation dieser Tagung verantwortlich waren und nenne stellvertretend Thomas Giessler vom DGB Baden-Württemberg, Andreas Solleder von der GEW Baden-Württemberg und Monika Dehmelt von der Landesgeschäftsstelle der GEW.

Es ist mir zwar ziemlich peinlich und normalerweise auch nicht meine Art – aber in einer halben Stunde beginnt die Klausurtagung des geschäftsführenden Vorstandes der GEW Baden-Württemberg am Bodensee – deshalb bitte ich um Verständnis, wenn ich unmittelbar nach der Begrüßung verschwinde.

Ich wünsche unserer Tagung einen ertragreichen Verlauf.